

Pressemitteilung der Kooperation CDU, UWD, FDP in der Dieburger Stadtverordnetenversammlung

Neues Gewerbegebiet „Allmendländer 2“:

Die Kooperation aus CDU, UWD und FDP lässt die Option der Errichtung eines Solarparks an der B45 prüfen

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 21.07.22 hat die Kooperation aus CDU, UWD und FDP im Kontext des neuen Gewerbegebiets „Allmendländer 2“ einen Zusatzantrag gestellt, der mit großer Mehrheit beschlossen worden ist. Danach soll die raumordnerische Zulässigkeit beim Regierungspräsidium Darmstadt geklärt werden, ob die Fläche der Allmendländer 2 auch für Photovoltaik genutzt werden kann. Damit könnte ein Solarpark erheblicher Größe entstehen.

Für die Kooperation erfolgt diese Klärung mit Blick auf ihr Ziel einer positiven Energiebilanz für die Stadt. Die Nutzung erneuerbarer Energien trage wesentlich zum Klimaschutz bei und unterstütze die dezentrale Energieversorgung, die Vorteile eines solchen Projektes liegen angesichts von Klimawandel und der Energiekrise aufgrund des Ukrainekriegs auf der Hand. Unter den Panels modernen Solarparks können mittlerweile Schafe weiden oder nachhaltig Landwirtschaft betrieben werden. Ein Hektar Solarparkfläche erzeugt in der Regel 400.000-500.000 Kilowattstunden im Jahr. Die Allmendländer 2 liegen sehr nah an einen Netzverknüpfungspunkt. Sehr gute wirtschaftliche und technische Machbarkeit erscheinen daher sehr wahrscheinlich. Der Standort könnte sich als deutlich geeigneter erweisen als an anderen Stellen im Stadtgebiet, wie in Ergänzung zur P+R-Erweiterung nördlich des Bahnhofs oder auf dem Gelände des Hebewerks in der Altheimer Straße.

Mit großer Verwunderung hat die Kooperationen vernommen, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen als einzige Partei gegen den Zusatzantrag gestimmt hat unter Verweis darauf, dass die Fläche „unter keinen Umständen“ bebaut werden soll. Denn schließlich hatten sie sich ja bisher aufgeschlossen gezeigt gegenüber der Errichtung eines Solarparks. Nun haben sie bei einem mutmaßlich äußerst geeigneten Standort sogar die Veranlassung einer Prüfung abgelehnt.

Anderen Kommunen im Landkreis sind schon wesentlich weiter mit ihren Planungen. Unter anderem im Modautal, Groß-Umstadt und Otzberg entstehen Solarparks, an denen die Bürger über Genossenschaften beteiligt werden sollen. Es ist zu hoffen, dass das Regierungspräsidium über den Antrag der Kooperation positiv entscheidet und die Dieburger Politik in die weiteren Planungen gehen kann einen wichtigen Schritt in Richtung einer Energie-Selbstversorgung.

Dieburg den 24.07.2022

Klaus Thomas, Renée Exner, Benjamin Koch